

Bezirksamtsvorlage Nr. 939

zur Beschlussfassung -
für die Sitzung am Dienstag, dem 01.07.2025

1. Gegenstand der Vorlage:

Einbringung einer Vorlage - zur Kenntnisnahme bei der Bezirksverordnetenversammlung zur Drucksache Nr. 1229/VI, Beschluss vom 21.03.2024 betrifft:

Mehr Sicherheit für Mitarbeiter der BVG am Leopoldplatz!

2. Berichterstatter/in:

Bezirksstadtrat Schriner

3. Beschlussentwurf:

- I. Das Bezirksamt beschließt die beigefügte Vorlage - zur Kenntnisnahme - betrifft „**Mehr Sicherheit für Mitarbeiter der BVG am Leopoldplatz!**“ als Schlussbericht. Sie ist bei der Bezirksverordnetenversammlung einzubringen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Geschäftsbereich Ordnung, Umwelt, Natur, Straßen und Grünflächen beauftragt.
- III. Veröffentlichung: ja
- IV. Beteiligung der Beschäftigtenvertretungen: nein
 - a) Personalrat: nein
 - b) Frauenvertretung: nein
 - c) Schwerbehindertenvertretung: nein
 - d) Jugend- und Auszubildendenvertretung: nein

4. Begründung, Rechtsgrundlage und Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

bitten wir, der beigefügten Vorlage an die Bezirksverordnetenversammlung zu entnehmen.

5. Gleichstellungsrelevante Auswirkungen:

keine

6. Behindertenrelevante Auswirkungen:

keine

7. Integrationsrelevante Auswirkungen:

keine

8. Sozialraumrelevante Auswirkungen:

keine

9. Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich Berichtscharakter besitzt.

10. Mitzeichnung(en):

keine

Bezirksstadtrat Schriener

Vorlage -zur Kenntnisnahme-

Mehr Sicherheit für Mitarbeiter der BVG am Leopoldplatz!

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

Die Bezirksverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung am 21.03.2024 folgendes Ersuchen an das Bezirksamt beschlossen (Drucksache Nr. 1229/VI):

Das BA wird ersucht, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, dass die Situation für die Mitarbeiter der BVG an der Endhaltestelle Schulstraße verbessert wird. Als erster Schritt ist hier die Beleuchtung zu optimieren.

Das Bezirksamt hat am 01.07.2025 beschlossen, der Bezirksverordnetenversammlung dazu Nachfolgendes als Schlussbericht zur Kenntnis zu bringen:

Die Zuständigkeit für die öffentliche Beleuchtung liegt bei der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Die Senatsverwaltung ist im Aufsichtsrat der BVG vertreten. Besondere Anforderungen der BVG sind dem Straßen- und Grünflächenamt nicht bekannt.

Die beiden öffentlichen Stellen können diesen Sachverhalt im gemeinsamen Miteinander klären, so dass eine Einflussnahme des Bezirks entbehrlich und wenig erfolgsversprechend erscheint. Gerne wird das Bezirksamt aber in gemeinsamen Runden einen direkten Austausch empfehlen.

A) Rechtsgrundlage:

§ 13 i.V. mit § 36 BezVG

B) Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung

a. Auswirkungen auf Einnahmen und Ausgaben:

keine

b. Personalwirtschaftliche Auswirkungen:

keine

C) Auswirkungen auf den Klimaschutz

Die BA-Vorlage hat voraussichtlich keine positiven Auswirkungen auf den Klimaschutz, da diese lediglich Berichtscharakter besitzt.

Berlin, den 23.06.2025

Bezirksstadtrat Schriener

Bezirksbürgermeisterin Remlinger